

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz beschrieb das Präventionsgesetz vom 18.06.2015 als gesetzliche Grundlage für Gesundheitsförderung. Beteiligte seien u. a. die Krankenkassen Träger der Rentenversicherung, der Pflegeversicherung und der Unfallversicherung.

Das Präventionsgesetz unterscheide im salutogenetischen Ansatz drei Lebenswelten:

- Leben und Arbeiten
- Kinder
- gesundes Altern

Pro Versicherungsnehmer stehe hier ein Betragsanteil für Maßnahmen nach dem Präventionsgesetz zur Verfügung.

Hierbei gebe es unterschiedliche Themenfelder, denen sich das Gesundheitsamt auch widmen möchte. Das vorgestellte Projekt „GesA“ soll langfristig etabliert werden überdies sei ein Zertifizierungsverfahren geplant. Zur Förderung nach dem Präventionsgesetz sei für kommunale Träger die Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk Voraussetzung und bereits beantragt. Die Einbettung in die Sozial- und Gesundheitsplanung sei gewährleistet.

Das Gesundheitsamt als untere Gesundheitsbehörde möchte perspektivisch mit den Kommunen zusammenarbeiten. Vorreiter für langfristige und nachhaltige Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung sei kivi e.V.

Herr Heusinger stellte das Projekt „GesA“ (Anlage 1) vor. Das Thema gesundes Aufwachsen soll in den Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis vorangebracht und die Kommunen im Aufbau von Netzwerken unterstützt werden.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse warnte, man müsse aufpassen die einzelnen Institutionen nicht mit einem Strauß an Möglichkeiten zu überfrachten. Bekannt seien personelle und finanzielle Engpässe auf kommunaler Seite. Sie regte an, lieber wenige, aber konkrete Maßnahmen anzubieten.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz betonte die Verknüpfung mit der integrierten Sozial- und Gesundheitsplanung. Hierbei stehen die individuellen Defizite des einzelnen Quartiers sowie individuelle Handlungsansätze im Vordergrund. Erfolge gebe es durch die Niederschwelligkeit und Netzwerkarbeit. Die Koordination durch das Gesundheitsamt werde hier als zielführend angesehen. Weiterhin sollen Multiplikatoren geschult werden.

Herr Heusinger ergänzte, man wolle einen Anreiz schaffen, sich in den Kommunen mit dem Thema auseinander zu setzen und Netzwerke weiter zu entwickeln. Das Zertifikat sei hierbei ein wichtiger Motivator. Ein wesentlicher Bestandteil sei es darüber hinaus, Gesundheitsziele festzulegen.

Abg. Herchenbach-Herweg merkte an, dass inzwischen alle Schulen im Rhein-Sieg-Kreis „tut mir gut“ zertifiziert sind. Sie beschrieb den massiven Anstieg an Anforderungen an die Schulen, so dass eine Nichtteilnahme nicht gleichzusetzen sei mit mangelnder Motivation. Vielmehr gebe es hohe Anforderungen, die eine Entscheidung nach Priorisierung erfordern. Für neue Projekte seien somit häufig keine Ressourcen vorhanden.

Herr Heusinger betonte, dass die Umsetzung über Präventionsketten in Kommunen vom Land gefördert werde. Ferner könne am Projektbeirat jeder teilnehmen.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse regte eine Abfrage pro Kommune an und im Anschluss die Durchführung des Projektes in einer Musterkommune.

SkB Ihrig erkundigte sich nach den Teilnehmenden an der Basis, Ihres Erachtens liege eine top down Vorgehensweise vor.

Herr Heusinger bejahte dies, jedoch werde zu einem späteren Projektzeitpunkt die Fachebene und auch die Bevölkerung bei der Umsetzung mit eingebunden.

Abg. Kretschmer erkundigte sich nach der Art und Aktivität der Kontaktaufnahme mit den Kommunen.

Herr Heusinger ergänzte das in der Präsentation beschriebene Verfahren. Man trete an die einzelne Kommune heran, sei jedoch nur Mittler. Es sei ein selbständiger Entwicklungsprozess in der Kommune.

Abg. Kretschmer erkundigte sich nach dem Projektzeitraum sowie ersten Resultaten. Der Projektzeitraum belaufe sich auf 5 Jahre, bei Gründung eines Projektbeirates benötige man mindestens sechs Monate für einen ersten Aufschlag, so Herr Heusinger.

Abg. Herchenbach-Herweg erkundigte sich nach der Motivation der Kommunen, sich an diesem Projekt zu beteiligen? Sei es das Zertifikat oder mögliche Fördermittel? Im Hintergrund stehe die Frage „Warum sollen wir uns das auch noch aufbürden?“. Womöglich habe die Kommune bereits erste Schritte erfüllt und könne Einiges vorweisen.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz verglich das Procedere mit dem Siegel zur interkulturellen Öffnung des Kommunalen Integrationszentrums. Die Vorgehensweise sei vergleichbar, hier sei die Nachfrage momentan sehr hoch.

Kommunen, die jetzt bereits gut aufgestellt seien, könne man damit noch ein Stück weiter voranbringen.

Abg. Dr. Hardt lobte die Erfolge von kivi e.V. Er forderte jedoch, dass harte Kriterien herangezogen werden sollen. Problematisch sehe er, dass wieder etwas Neues auf die Beine gestellt werden solle. Die Gelder (210.000,-€) sollten nicht nur in Verwaltungsleistung und Sitzungen in geschlossenen Räumen investiert werden sondern de facto an der Basis ankommen. Es solle nicht nur ein Leuchtturmprojekt hervorstechen, sondern eine flächendeckende Versorgung, beispielweise von gesunder Ernährung in Kitas, gewährleistet werden.

SkB Ihrig bestärkte die Vorredner darin, dass die Basis (Kindergärten Schulen, Bevölkerung) zu wenig involviert sei und warnte davor, zu viel Verwaltungsleistung zu binden.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse merkte an, dass die Entscheidung für das Projekt bereits gefallen sei, jedoch die Vorgehensweise der Umsetzung nun auf der Agenda stehe. Es gebe gute Ideen, für deren Umsetzung Ressourcen nötig seien. Sie bat, die kritischen Anmerkungen nicht miss zu verstehen. Das Projekt sei geplant und nun obliege es allen Beteiligten die Umsetzung zu gestalten.

KVOR'in Prinz-Klein bezog sich auf das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst als Grundlage der Arbeit des Gesundheitsamtes. Die Prävention im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit sei bislang beim Gesundheitsamtes nicht originär verortet gewesen. Umso wesentlicher sei das nun startende Projekt „GesA“ unter dem Aspekt der gesetzlichen Grundlage aber auch im Hinblick auf die gesundheitliche Chancengleichheit.

Ltd. KMD Dr. Meilicke ergänzte, in diesem Prozess sei nicht der klassische Weg über die Bürgermeister, die Verwaltungskonferenz und die Hauptverwaltungsbeamten gewählt, sondern die Kommunen würden gezielt nach ihren Bedürfnissen gefragt, um an die Basis zu gelangen. Es gehe weiterhin nicht nur um die Kitas, sondern auch und vor allem um andere Strukturen und Aktivitäten (z.B. Vereine etc.). Es könne zunächst kein flächendeckendes Angebot generiert werden. Vielmehr solle es über einige Modellkommunen letztlich eine Blaupause geben, welche anderen Interessierten zur individuellen Umsetzung angeboten werden könne. Somit unterliege das Projekt einem Evolutionsprozess, welcher sich zusammen mit den Kommunen entwickeln werde.

Abg. Bienentreu betonte die Wichtigkeit einer Koordinierungsstelle für das Projekt. Es gebe eine Vielzahl unterschiedlicher Träger für Kitas, wo oftmals lediglich der Informationsfluss fehle, um sich zusammen zu schließen. Es müsse ein Umdenken hinsichtlich gesundheitlichen Verhaltens geben und dieses zur Selbstverständlichkeit werden.

SkE Ehmann bemerkte, dass die Gut-drauf-Tanke in Eitorf ein neues Fahrzeug bekommen habe. Seitdem würden deutlich mehr Kinder das Angebot aufsuchen. Er regte dazu an, nicht gänzlich neue Projekte zu starten, sondern vorhandene – mit einfachen Mitteln – attraktiver für die Zielgruppe zu gestalten.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse forderte die regelmäßige Berichterstattung zum Projekt sowie um Weiterleitung der Informationen in entsprechende Gremien.